

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/29308 –

Aufarbeitung der NS-Vergangenheit – Personelle und strukturelle Kontinuitäten im Deutschen Bundestag nach 1949

A. Problem

Die Fraktion der AfD setzt sich dafür ein, eine nationalsozialistische Vergangenheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie seiner Verwaltungsangestellten wissenschaftlich aufzuarbeiten. Dazu soll der Deutsche Bundestag eine Historiker-Kommission einsetzen und beauftragen, etwaige personelle und strukturelle Verbindungen zwischen Staat und Verwaltung des NS-Regimes bzw. nationalsozialistischen Organisationen und dem Deutschen Bundestag zu untersuchen. Erforscht werden soll unter anderem, ob politische Entscheidungen und das politische Klima in der Bundesrepublik Deutschland durch Vertreter von Staat und Verwaltung des NS-Regimes beeinflusst wurden.

Die Fraktion hält eine entsprechende Untersuchung für überfällig. Während beispielsweise etliche Ministerien oder Landtage der gestellten Frage längst nachgegangen seien, habe der Deutsche Bundestag es bisher versäumt, seine eigene Geschichte aufzuarbeiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/29308 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Christoph Bernstiel
Berichterstatter

Marianne Schieder
Berichterstatterin

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Christoph Bernstiel, Marianne Schieder, Dr. Götz Frömming, Thomas Hacker, Simone Barrientos und Erhard Grundl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/29308** in seiner 227. Sitzung am 6. Mai 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, den Ausschuss für Inneres und Heimat und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD setzt sich dafür ein, eine nationalsozialistische Vergangenheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie seiner Verwaltungsangestellten wissenschaftlich aufzuarbeiten. Dazu soll der Deutsche Bundestag eine Historiker-Kommission einsetzen und beauftragen, etwaige personelle und strukturelle Verbindungen zwischen Staat und Verwaltung des NS-Regimes bzw. nationalsozialistischen Organisationen und dem Deutschen Bundestag zu untersuchen. Erforscht werden soll unter anderem, ob politische Entscheidungen und das politische Klima in der Bundesrepublik Deutschland durch Vertreter von Staat und Verwaltung des NS-Regimes beeinflusst wurden.

Die Fraktion hält eine entsprechende Untersuchung für überfällig. Während beispielsweise etliche Ministerien oder Landtage der gestellten Frage längst nachgegangen seien, habe der Deutsche Bundestag es bisher versäumt, seine eigene Geschichte aufzuarbeiten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** empfahl in seiner 54. Sitzung am 9. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** empfahl in seiner 145. Sitzung am 9. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** empfahl in seiner 85. Sitzung am 9. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 76. Sitzung am 9. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 9. Juni 2021

Christoph Bernstiel
Berichtersteller

Marianne Schieder
Berichterstellerin

Dr. Götz Frömming
Berichtersteller

Thomas Hacker
Berichtersteller

Simone Barrientos
Berichterstellerin

Erhard Grundl
Berichtersteller